

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M. 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M. 5.—, monatlich M. 2.—, durch die Post abgeholt M. 6.—.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. - Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die jedesmal gesparte Zeile (Masse's Zeilenmaß 14) 70 Hg., im Bezirke der Amtshauptmännl. 60 Hg., im Amtsgerichtsbezirk 50 Hg., Amts. Zeile M. 2.10, 1.80 und 1.50. Rest. M. 1.50 Bei Wiederhlg. Rabatt. Zeilenänderung und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwanngewisser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großröhrsberg, Brehmig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Druck und Verlag von E. C. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr).

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 62.

Sonnabend, den 24. April 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 14. April 1920 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 20. April 1920.

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung

über die Anmeldung von Rechten oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen der Artikel 123 und 260 des Friedensvertrages.

Auf Grund der §§ 1 und 4 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 21. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1527) wird folgendes bestimmt:

1. Alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger auf Rechte oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee sind bis zum 15. Mai 1920 anzumelden. Diese Bestimmung findet auch auf die Uebereinkommen Anwendung, die mit deutschen Reichsangehörigen wegen Ausföhrung oder Betrieb der öffentlichen Arbeiten in den früheren deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee abgeschlossen worden sind, sowie auf Unterkonzessionen oder Abzweigungen, die mit deutschen Reichsangehörigen im Verfolg dieser Uebereinkommen getätigt worden sind.

Die Rechte und Beteiligungen sind auch dann anzumelden, wenn sie noch nicht ausgeübt worden sind.

2. Anmeldepflichtig sind die Inhaber der Rechte, Beteiligungen oder Anwartschaften.

Die Anmeldung hat bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau in Berlin W, Wilhelmstraße 62, zu erfolgen.

3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 10 Nr. 2 und § 11 Nr. 2 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 21. August 1919 (R.-G.-Bl. S. 1527) bei Vorsätzlichkeit, sofern nicht nach allgemeinem Strafrecht eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen, bei Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu zehn-tausend Mark bestraft.

Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland nach Artikel 260 Abs. 2 Satz 2 des Friedensvertrages genötigt ist, zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Ange-

hörigen auf alle in Nr. 1 dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte, Beteiligungen und Anwartschaften, die in der dem Wiedergutmachungsausschuß auf Grund der genannten Bestimmung des Friedensvertrages zu übergebenden Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.

Berlin, 14. April 1920.

Der Reichsminister für Wiederaufbau.

J. B.: Müller.

Nährmittelabgabe.

Vom Mittwoch, den 23. April cr., kommen durch die Kleinhändler des Bezirkes auf die Abschnitte 47 der Allgemeinen Nährmittelkarte und der Kindernährmittelkarte einhalbes Pfund Haferflocken

zum Preise von 2.25 M zur Ausgabe.

Ramenz, am 23. April 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Dem Stadtrat sind

ein kleiner Posten Drellhosen, Drelljacken und Rhakianzüge

zugewiesen worden, die an die mitterbemittelte Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollen.

Dieserjenige Personen, die einen der obengenannten Gegenstände zugewieft erhalten wollen, werden veranlagt, sich am Montag, den 26. April 1920, vormittags von 10 bis 1/1 Uhr in der hiesigen Polizeikanzlei unter Vorlegung des Steuerzettels zu melden.

Spätere Anmeldungen können der geringen Zuteilung wegen nicht berücksichtigt werden.

Pulsnitz, am 23. April 1920.

Der Stadtrat.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Rohwachsmeister Bruno Richter, wohnhaft hier, Schloßstraße Nr. 107 B als stellvertretender Auktionator der Stadt Pulsnitz in Pflicht genommen worden ist.

Pulsnitz, am 23. April 1920.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Die Wahlen zum Reichstag werden, wie nunmehr endgültig feststeht, am Sonntag, 8. Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuen Verschiebung sprechen, entsprechen nicht den Tatsachen.

In der Nationalversammlung wurde gestern der Antrag Bartschat gegen die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung angenommen.

Der Landesparteitag der U. S. P. fand gestern in Leipzig statt. Sipinsky führte den Vorsitz.

Die politischen Parteien des Rheinlandes haben in einer gemeinsamen Erklärung, von der sich nur die U. S. P. ausschloß, gegen die belgische Gewaltpolitik in Eupen protestiert.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird die Deutschnationale Volkspartei Dr. Helfferich in Hannover als Reichstagskandidaten aufstellen.

In Kiel wurden zwei Herren und eine Dame aus Berlin verhaftet, die Gold- und Silberwaren im Werte von 3 Mill. Mark in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

In Kiel wurden zwei Herren und eine Dame aus Berlin verhaftet, die Gold- und Silberwaren im Werte von 3 Millionen Mark in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

Gailung wurde mit 150 gegen 91 Stimmen des Eingekündnisses mit dem Feinde für schuldig erklärt.

Aus London wird gemeldet, daß der erste Lord der Admiralgität im Unterhause sagte, die Regierung ziehe den Verkauf einiger neuer Kriegsschiffe an fremde Länder in Erwägung.

Gegenüber deutschen Pressenachrichten über angebliche Gefangenenerlager in Indochina hat die französische Regierung nunmehr versichert, daß dort niemals Kriegsgefangenenlager bestanden haben.

Das „Allg. Handelsbl.“ meldet aus Neu-York, daß die mexikanische Revolution sich ständig ausbreite. Carranza sei in der Stadt Mexiko von drei Seiten eingeschlossen.

In Oberitalien hat sich die Streiklage wieder verschärft. Man meldet tiefbetrübliche Vorfälle in Turin, wo es zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist.

Nach Blättermeldungen soll sich der deutsche Geschäftsträger in London nach San Remo begeben haben.

„Daily Herald“ meldet, Japan habe Sowjet-Rußland den Krieg erklärt und Amerika habe Japan in Sibirien freie Hand gelassen.

Amerikas Rückzug von der Entente.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die amerikanische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten beabsichtigt eine Entschleunigung einzubringen, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten loslöst. Wenn mit dieser Resolution endgültig eine scharfe Trennung zwischen der europäischen und amerikanischen Politik gezogen wird, so ist das an sich nichts neues, denn Amerika hat sich schon seit nahezu einem halben Jahr kaum noch aktiv an der Lösung der europäischen Frage beteiligt. Wilsons Versuch, in der türkischen Frage zu intervenieren, ist gescheitert, da die Alliierten in San Remo eine Entschleunigung über die Zukunft der Türkei getroffen haben, die den Wünschen Amerikas vollständig ins Gesicht schlägt. Wenn man also geglaubt hat, daß durch Amerikas Eintritt in den Krieg die Wilsonsche Politik ganz Europa beherrschen werde, so ist das eine gänzlich falsche Annahme gewesen, weil Wilson in der Durchführung seiner berühmten 14 Punkte weder bei den europäischen Alliierten Anklang fand, noch von den amerikanischen Parlamenten unterstützt wurde. Amerika scheint in Zukunft in der Weltpolitik eine Stellung einnehmen zu wollen, die etwa derjenigen Englands während der letzten Jahrhunderte entspricht und in dem schönen Namen „splendid isolation“ für die ganze Welt von ungeheurer Einfluß war. Wenn man berücksichtigt, daß die europäische Koalition der Alliierten ständig die Notwendigkeit gemeinsamer Kompromisse ergab und somit die Entschleunigung der einzelnen Alliierten ungeheurer befränkte, kann man verstehen, daß Amerika nicht seine ganzen weltpolitischen Interessen durch ein Abhängigkeitsverhältnis von den europäischen Staaten beschneiden lassen will. Der Zusammenschluß der Weltmächte in Europa ist schließlich auch nur dem ungeheuren Druck der Notwendigkeit entsprungen und darf keinesfalls als ein dauernder Zustand gelten, zumal sich jetzt schon sehr scharfe Gegensätze zwischen Frankreich und England herausgebildet haben. Schon während des ganzen Krieges mußte man den Eindruck haben, daß das schwer leidende Frankreich immer mehr in die Arme seines englischen Verbündeten getrieben wurde, der infolge seiner wirtschaftlichen Stärke schließlich einen so ungeheuren Einfluß auf die französische Politik ausübte, der Frankreichs Unabhängigkeit immer mehr untergrub.

Amerika hat durch den Krieg ungeheurer an weltpolitischem Einfluß gewonnen. Seine Rolle als Geldgeber hat die europäischen Alliierten in einem sehr hohen Maße den amerikanischen Interessen unterworfen. Auf der einen Seite würden wahrscheinlich England und Frankreich im Jahre 1917 dazu gezwun-

gen gewesen sein, mit Deutschland einen Frieden abzuschließen, was aber nicht mehr notwendig wurde, als Amerika in den Krieg eintrat und damit den Ausschlag für die Fortsetzung des Krieges gab. Auf diese Art verhinderte Amerika, daß Deutschland seinen Begnern einen Frieden diktierte, der der deutschen Wirtschaft unter Umständen die erste Weltstellung hätte verschaffen können. Das wollte Amerika unter allen Umständen verhindern, aber es kam ihm schließlich auch darauf an, daß die europäischen Mächte sich durch die Fortsetzung des Krieges noch weiterhin ungeheurer schwächten. Schließlich hat noch Wilson durch seinen Einfluß auf die Friedensverhandlungen in Versailles eine ungeheure Verwirrung in die europäische Politik hinein gebracht, indem er von vornherein bestrebt war, einen Zustand zu schaffen, der genügend Gegenätze unter den einzelnen europäischen Mächten aufwarf und so lange Jahre hinaus eine Konsolidierung der europäischen Verhältnisse unmöglich macht. Die Schaffung Polens ist für Europa etwa so aufzufassen, daß Wilson den Osten vom Westen durch einen Stein trennen wollte, der ständig hemmend den freien Zugang nach Rußland versperrt. Außerdem ist die polnische Frage für Europa ein Zankapfel, der umso unangenehmer und häßlicher seine Wirkung ausüben wird, als Polen eine Machtposition erhalten hat, die nicht so einfach gebrochen werden kann. Wenn es Polen einfallen wird, durch Anneziopolitik und durch Raubzüge die östlichen Gegenden andauernd zu beunruhigen, so wird es immer mehr die Rolle des osteuropäischen Balkans spielen, der ständig die Großmächte, deren Interessen sich ohne weiteres auf Polen konzentrieren müssen, in Streitigkeiten miteinander verwickeln.

England und Frankreich mögen vielleicht schon längst eingesehen haben, was ihnen der amerikanische Bundesgenosse eingebracht hat. Mit wachsendem Mißbehagen müssen sie feststellen, wie ungeheurer verwickelt die europäische Lage ist und daß es ihnen immer schwerer wird, zu einem geordneten Zustand zu gelangen. England besonders sieht seine ganze Weltpolitik durch den Versailler Friedensvertrag gescheitert. Besonders unangenehm ist es ihnen, daß ihm der europäische Osten durch Polen versperrt wird und daß anstelle einer Lösung der Balkanprobleme und vor allen Dingen der türkischen Problems eine heillose Verwirrung angerichtet worden ist, indem die kleinen Balkanstaaten durch den Friedensvertrag eine Stärkung erhalten haben, die sie auch für die spätere Zukunft dazu ermächtigen, ihre Desperato-Politik fortzusetzen. Es war geradezu ein Verzweiflungsschritt für England, die türkische Frage gewaltsam zu lösen, ohne sich erst mit Wilson darüber auseinanderzusetzen. Das hat auch infolgedessen eine Klärung geschaffen, als Amerika sich jetzt damit abfinden wird, seine Hände von den